

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

F/XVII/66

Bonn, den 1. August 1962

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2 Unzulängliche Informationen über "Europa" 65

Vorschlag zur Popularisierung der EWG-Arbeit in Brüssel

Unser Auslandsbericht:

3 Frankreich an der Schwelle Europas 32

Im Widerspruch der Gefühle
Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

4 Ein Schritt zur Lösung des Pendlerproblems 31

Hamburg vorbildlich

5 - 6 "Virus SAT 1" könnte Milliarden kosten 56

Alarm gegen Vordringen einer asiatisch-afrikanischen
Maul- und Klauenseuche nach Europa
Von Bruno Kuster, Genf

6 "Aussprache unter Nachbarn" 29

Hoffnung auf Klärung der Südtirol-Frage

* * *

* *

Chefredakteur Günter Markscheffel

Unzulängliche Informationen über "Europa"

Vorschlag zur Popularisierung der EWG-Arbeit in Brüssel

G.M. - Die zähen Verhandlungen in Brüssel über den Beitritt Großbritanniens zur EWG, die sehr komplizierten Vereinbarungen zur Schaffung eines europäischen Agrarmarktes und die nicht minder schwierigen Überlegungen, wie und ob die neutralen Staaten Europas mit der EWG assoziiert werden können, finden trotz ihrer großen Bedeutung für jeden Europäer ein verhältnismäßig geringes Echo in der Presse. Nur gelegentlich liest man von den Schwierigkeiten, den Pannen und auch den Meinungsverschiedenheiten bei den Verhandlungen, selten jedoch von den **p o s i t i v e n** Ergebnissen, die bereits erzielt worden sind.

Bedauerlicher Zustand

Wer nicht Fachblätter zur Hand nimmt, oder die Wirtschaftsteile großer Zeitungen aufmerksam studiert, wird sich kaum von dem tatsächlichen Stand der Bemühungen um ein wirtschaftlich und politisch geeintes Europa ein Bild machen können. Jedenfalls der Laie nicht, der doch darauf angewiesen ist, sich an der Darstellung von Tatsachen zu orientieren. Durch sensationell aufgemachte Meldungen über Äußerungen dieses oder jenes Politikers zu den Problemen der europäischen Wirtschaftsgemeinschaft werden dann noch in der Öffentlichkeit Meinungen gebildet, die den Realitäten nicht immer entsprechen.

Dieser Zustand ist außerordentlich bedauerlich, denn nur durch eine gewissenhafte und tatsächlich aufklärende Information wird es möglich sein, in der Bevölkerung der beteiligten Staaten das Gefühl zu erwecken, daß die Experten-Verhandlungen in Brüssel jeden einzelnen Bürger Europas unmittelbar angehen.

Es erhebt sich die Frage, ob man in Brüssel, dem Sitz des europäischen Gemeinsamen Marktes, versäumt hat, die Voraussetzungen für eine korrekte und verständliche Berichterstattung über die Entwicklung der EWG zu schaffen.

Journalisten am Rande der Verzweiflung

Auf den ersten Blick scheint diese Frage unberechtigt zu sein, denn zur Zeit arbeiten in Brüssel - teils regelmäßig, teils mit Unter-

brechungen - etwa hundert Journalisten aus allen Ländern, die von ihren Agenturen, Zeitungen und Rundfunkstationen beauftragt sind, das EWG-Geschehen zu verfolgen. Aber mit wenigen Ausnahmen stehen diese Journalisten heute schon am Rande der Verzweiflung, denn trotz einer überaus großen Papierproduktion der zuständigen Stellen ist das zur Verfügung gestellte Publikationsmaterial so kompliziert gehalten, daß meist zusätzliche Recherchen bei Fachkommissionen und Delegationen der Verhandlungspartner notwendig sind, um wenigstens eine annähernde Übersicht über das gelieferte "Material" zu erhalten.

Nun kann man jedoch nicht von einer "Schuld" der zuständigen Pressestellen der einzelnen Verhandlungsgremien sprechen. Diese Pressestellen sind guten Willens, aber auch sie werden oft nur unzureichend informiert und können infolgedessen den auf den Korridoren vor den Verhandlungssälen wartenden Journalisten selten umfassende Tagesinformationen geben. Dem Journalisten bleibt daher nichts anderes übrig, als sich an einzelne Delegierte zu wenden, um von diesen mehr oder weniger vertrauliche Informationen zu erhalten. Entsprechend der Neigung, dem Temperament oder auch den Absichten des Informierten wird dann die an eine Agentur oder Zeitung weitergegebene Meldung aussehen. Dass bei solchen Informationsmethoden das Spiel mit "Versuchsballons" zur Tagesordnung gehört, ist eine Selbstverständlichkeit. Denn natürlich wird in kritischen Situationen der eine oder andere Delegierte versuchen, durch lancierte Pressemeldungen das Bild des Verhandlungsablaufs in diesem oder jenem Sinne zu färben.

Eine Anregung

Diese Feststellungen sollen kein Vorwurf im Sinne einer billigen Kritik an der sehr verantwortungsvollen Arbeit in Brüssel sein. Sie könnten aber vielleicht als Anregung dazu dienen, einmal mit Fachleuten aus der Praxis der journalistischen Tagesarbeit Überlegungen anzustellen, wie man durch eine korrekte und den tatsächlichen Bedürfnissen der öffentlichen Meinungsbildung in Europa entsprechende Pressearbeit das Geschehen in Brüssel so darstellt, daß jeder Europäer weiß, worum es bei den Verhandlungen um das geeinte Europa geht. Wir richten diese Aufforderung nicht nur an die Adresse der Bundesregierung, obwohl sie sich nichts vergeben würde, wenn sie eine entsprechende Initiative in Brüssel entwickelte.

Frankreich an der Schwelle Europas

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

General de Gaulle hat sich für einen Monat auf seinen Landsitz Colombey-les-deux-Eglises zurückgezogen. Regierung und Nationalversammlung sind beurlaubt, Frankreich ist in Ferien.

Schon wendet man sich aber neuen Problemen zu, die allzulange vernachlässigt wurden. Mit einem Schlag erinnert die Einführung einer gemeinsamen europäischen Marktordnung für bestimmte landwirtschaftliche Erzeugnisse Frankreich an den Anbruch einer neuen Zeit, gegen die man sich lange genug vergeblich gestemmt hat.

Europa nur bis zum Ärmelkanal?

Die Widerstände gegen eine Ausweitung der europäischen Gemeinschaft sind nicht verschwunden. Mit gespannter Aufmerksamkeit verfolgt man jetzt die Brüsseler Verhandlungen über den Beitritt Großbritanniens zur EWG. Die französische Staatsführung ist von dieser Perspektive nicht erbaut. Europa soll zwar laut einer bekannten These "vom Atlantik bis zum Ural" reichen, in bestimmten konkreten Dingen aber doch am Ärmelkanal halt machen. Man verzichtet nicht gerne auf den Traum einer Führungsstellung in einem Klein-Europa.

Es ist zu beachten, daß die gegenwärtigen Schwierigkeiten in den Brüssel-Verhandlungen und die Widerstände in Großbritannien selbst auch gewissen kontinentalen Widersachern neuen Auftrieb geben.

Von der Donau bis zur Themse

Die Chancen der Französischen Gegner eines britischen EWG-Anschlusses dürften aber auf die Dauer immer geringer werden. Gerade in diesen Tagen beweisen die Assoziierungsanträge neutraler Länder wie Österreich und Schweden die Anziehungskraft der EWG und den Widersinn der bisherigen Teilung Westeuropas in rivalisierende Wirtschaftsböcke.

Wenn sogar neutrale Staaten, ohne auf ihre Neutralität zu verzichten, mit einigen Erfolgchancen die Assoziation an die EWG suchen, kann man den europäischen NATO-Partner Großbritannien nicht gut vor der Tür lassen.

Selbst wenn es in den gegenwärtigen Verhandlungen noch Rückschläge geben sollte, die einmal eingeschlagene Entwicklung zur wirtschaftlichen Einigung Europas ist unaufhaltsam und folgt immer mehr ihren eigenen Gesetzen von der Donau bis zur Themse.

+ + +

Ein Schritt zur Lösung des Pendlerproblems

sp - Zum Thema "Nachbarschaft zwischen Großstadt und Landkreis" haben die Freie und Hansestadt Hamburg und der schleswig-holsteinische Kreis Stormarn einen bemerkenswerten und wohl auch richtungweisenden Beitrag geleistet. Hamburg hat nämlich mit dem Kreis Stormarn systematisch darauf hingearbeitet, daß dort entlang einer Aufbauachse neue Industrieunternehmen entstanden sind, um dem Pendlerproblem Herr zu werden.

Dies bedeutet für Hamburg natürlich einen erheblichen Ausfall an Gewerbesteuer, denn viele der jetzt in Stormarn angesetzten Betriebe waren früher in Hamburg. Die tolerante Wirtschaftspolitik der Hamburger hat aber, und zwar betont nach dem Willen von Bürgermeister Dr. N e v e r m a n n, darauf hingewirkt, daß der Gemeindebürger im Landkreis Stormarn zu seinem Recht kommt. Der Arbeitnehmer braucht dort künftig nicht mehr zwei und mehr Stunden täglich auf der Bahn zum Arbeitsplatz zu pendeln. Seine Gemeinden aber bekommen größere Steuereinnahmen und können sich von sogenannten Schlafstädten in wohlhabende Ortschaften mit gut ausgebauten Straßen, modernen Schulen und vorbildlichen Gemeindeeinrichtungen verwandeln.

Der industrielle Umschichtungsvorgang kam auf Drängen auch der Sozialdemokraten im schleswig-holsteinischen Landtag im gemeinsamen Planungsrat für Schleswig-Folstein und Hamburg zustande. In den letzten fünf Jahren - und zwar mit schnell steigender Tendenz - sind im Kreis Stormarn bisher mit einer Investitionssumme von 350 Millionen Mark 68 Unternehmungen angesiedelt oder zur Ansiedlung verpflichtet worden. Dadurch entstanden vor allem entlang der Aufbauachse Hamburg - Bad Oldesloe bisher 9 000 neue Arbeitsplätze.

Die meisten der 9 000 Arbeitnehmer führen früher nach Hamburg. Am Beispiel der Hamburger Randgemeinde Harksheide läßt sich deutlich die Verringerung der Zahl der Hamburg-Pendler aufzeigen. Früher mußten 75 Prozent der Arbeitnehmer von Harksheide nach Hamburg fahren. Der Prozentsatz ist schon auf 35 Prozent gesenkt worden!

"Virus SAT 1" könnte Milliarden kosten

Von Bruno Kuster, Genf

Das Vordringen einer asiatisch-afrikanischen Art der Maul- und Klauenseuche, des "Virus SAT 1", in den Nahen Osten könnte dem europäischen Viehbestand Milliardenverluste zufügen, wenn es in letzter Minute nicht noch gelingt, eine wirkungsvolle Abwehr aufzubauen. An der außerordentlichen Tagung der europäischen Kommission für Maul- und Klauenseuche, die auf Initiative der FAO nach Rom einberufen wurde, erklärte Generaldirektor B. R. 3 e n, daß "die Folgen einer Ausdehnung der gegenwärtig im Nahen Osten wütenden Epidemie der Maul- und Klauenseuche nach Europa für diesen Kontinent eine Katastrophe darstellen könnte."

Die Epidemieherde

Der "Virus SAT 1" war bisher nie außerhalb Afrikas festgestellt worden, weshalb man zu seiner Bekämpfung nur über ganz ungenügende Mengen an Impfstoffen verfügt. Die Epidemie ist jetzt in der Türkei, im Irak, in Libanon, Syrien, Jordanien und auf Bahrain aufgetreten. Die Rinder-, Ziegen- und Schafherden werden dezimiert. Besonders anfällig sind die Jungtiere. Es sind bereits enorme Verluste an Fleisch und Milch zu verzeichnen.

Spezialisten haben festgestellt, daß sich die Epidemie längs der Eisenbahnlinie Bagdad - Mossul - Aleppo - Ankara ausbreitet wie auch in der Nähe der Hauptstrassen dieses Gebietes. Die Viehtransporte aus der Türkei in Richtung der verschiedenen nahöstlichen Märkte und die Rückkehr der Viehtreiber und Fahrzeuge trugen wesentlich zur raschen Verbreitung der Krankheit bei.

Während in der Bekämpfung der Virus-Typen A, C und O in Europa in den letzten Jahren ermutigende Fortschritte erzielt werden konnten, gibt es praktisch noch keinen Schutz gegen SAT 1. Wenn nicht unverzüglich durchgreifende Maßnahmen eingeleitet werden, kann sich dieser Erreger sehr schnell unter einem Viehbestand ausbreiten, der ihn keinerlei Widerstand entgegenzusetzen vermag.

"Kampfzonen"

Die in Rom ausgearbeitete Abwehrtaktik, die Aufwendungen in der Höhe von rund sieben Millionen Dollar erfordert, bezweckt, die Epidemie in Nahen Osten (mehr als drei Millionen Quadratkilometer mit annähernd 140 Millionen Tieren) unter Kontrolle zu bekommen und ihre Verschleppung nach Europa, wo ungefähr 360 Millionen Nutztiere der Gefahr ausgesetzt sind, zu verhindern. Der von den Fachleuten gebilligte Plan sieht die Schaffung von drei gestaffelten "Kampfzonen" vor. Die erste umfaßt die fünf türkischen Provinzen, die südlich des Taurus-Gebirges an Syrien grenzen. Die zweite besteht aus Thrakien und dem

dem Gebiet unmittelbar südlich des Marmara-Meeres wie auch den Grenz-
zonen Griechenlands und Bulgariens. Die Insel Zypern stellt die drit-
te Zone dar. In diesen drei Zonen zusammen müssen über zwei Millionen
Rinder und gegen acht Millionen Ziegen und Schafe teilweise sogar zwei-
mal geimpft werden. Die Produktion der Impfstoffe, die Bereitstellung
des benötigten Personals und Materials stellen die interessierten Län-
der wie auch die FAC vor gewaltige Aufgaben.

Abwehr muß gemeinsam erfolgen

In Anbetracht der dem europäischen Viehbestand drohenden Gefahren
sollten die europäischen Regierungen die für den gemeinsamen Abwehr-
kampf benötigten Mittel ohne Zögern bereitstellen, denn die Einzelver-
teidigung wäre nicht nur kostspieliger, sondern auch weniger wirksam.
Wenn die unmittelbare Aufgabe, die im Schutze des europäischen Viehbe-
standes besteht, bewältigt ist, muß der "Virus SAT 1" bis in seine Her-
kunftsländer hinein verfolgt und ausgerotzt werden, da sonst jederzeit
mit einem erneuten Ausbruch der Seuche gerechnet werden muss.

Aussprache unter Nachbarn

ap - Es ist zu begrüßen, daß Österreichs Außenminister Kreisky
die in Venedig stattfindenden österreichisch-italienischen Verhandlun-
gen über das Südtirol-Problem schon vor seiner Abreise aus Wien als
eine "Aussprache unter Nachbarn" bezeichnet hat. Das Echo aus Rom auf
diese Bemerkung klang nicht unfreundlich; man sprach dort von "Verhand-
lungen im europäischen Geist". Die Chancen für eine friedlich-nachbar-
liche Peilung der Meinungsverschiedenheiten zwischen Wien und Rom
in der Südtirol-Frage sind jetzt viel günstiger als noch vor einem Jahr.
Damals wurde alles durch die Sprengstoffattentate und die sich daraus
ergebende Reaktion der italienischen Öffentlichkeit kompliziert. Auf
beiden Seiten ist inzwischen viel getan worden, um die damalige Erregung
zum Abklingen zu bringen. Der Anregung der UNO-Generalversammlung fol-
gend, haben sich Wien und Rom bereiterklärt, die strittigen Fragen durch
zweiseitige Verhandlungen zu klären. Die italienische Südtirol-Kommissi-
on, der auch gewählte Vertreter der Südtiroler angehören, wird zwar von
den Italienern als eine "inneritalienische Institution" betrachtet, hat
jedoch für ihre bisherigen Arbeiten auch die Anerkennung von Wien ge-
funden. Es besteht daher berechnete Hoffnung, daß der Konflikt bald
aus der Welt geschafft werden kann.

+ + +